

NEUE JUSTIZ

ZEITSCHRIFT FÜR RECHT
UND RECHTSWISSENSCHAFT
NR. 9/1969
1. MAIHEFT

Appell der Internationalen Konferenz zu Fragen der Verfolgung von Nazi-Verbrechern

Eingedenk der Verbrechen gegen den Frieden und die Menschheit, die von den deutschen und anderen Faschisten und den deutschen Militaristen im zweiten Weltkrieg begangen wurden,

erinnernd an die Opfer, die für die Befreiung von der Hitler-Tyrannie gebracht wurden,

erfüllt von der Sorge um die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa und der ganzen Welt für die heutige und zukünftige Generationen,

erachten wir Konferenzteilnehmer — Juristen, Politiker, Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens, Wissenschaftler — es als unsere Pflicht, erneut unsere Stimme für die konsequente Entlarvung und Bestrafung aller nazistischen Kriegsverbrecher gemäß den allgemein anerkannten Prinzipien des modernen Völkerrechts zu erheben.

In der Deklaration über die Bestrafung während des Krieges begangener Verbrechen vom 13. Januar 1942, in der Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943, dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 und in dem Londoner Abkommen vom 8. August 1945 brachten die Regierungen der Länder, die gegen Hitler-Deutschland kämpften, ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, im Geiste der internationalen Solidarität alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die Kriegsverbrecher ermittelt, vor Gericht gestellt und abgeurteilt, damit die gefällten Urteile vollstreckt werden. Die Staaten der Anti-Hitler-Koalition verkündeten die Bestrafung der Nazi-Verbrecher als eines der Ziele des Krieges und erklärten, daß sie „sie ganz bestimmt sogar am Ende der Welt finden und ihren Anklägern zur Aburteilung überstellen werden“.

Wir erinnern an diese zur Verfolgung und zukünftigen Verhütung von Verbrechen gegen den Frieden und die Menschheit übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen in Zusammenhang mit der gefährlichen politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, die die Völker Europas und der ganzen Welt mit tiefer Sorge erfüllt.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurden Militarismus und Nazismus ausgerottet und die Nazi-Kriegsverbrecher gemäß den Prinzipien des Internationalen Nürnberger Militärtribunals bestraft. Im Gegensatz dazu nehmen in Westdeutschland fast ein Vierteljahrhundert nach Beendigung des zweiten Weltkrieges

ehemalige aktive Nazis und Nazi-Verbrecher, die sich der Verantwortung entziehen, weiterhin hohe Posten im Staatsapparat der BRD, in der Bundeswehr, in den Wirtschaftsorganen, den propagandistischen und ideologischen Zentren ein und spielen eine aktive Rolle bei der Festlegung der Außen- und Innenpolitik des Landes.

In Westdeutschland nimmt ständig die Aktivität der revanchistischen und neonazistischen Kräfte zu, die offen die Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und des gegenwärtigen politischen und territorialen Status quo in Europa fordern. Die extrem expansionistischen Kreise der BRD setzen sich für eine in keiner Weise begrenzte Militarisierung des Landes ein, streben nach dem Zugang zu Kernwaffen. Die Rehabilitierung der Nazi-Verbrecher und ihre erneute Einsetzung in allen Teilen des Staatsapparates stellt einen Bestandteil dieser Politik dar. Mit ihren Anschlügen gegen die Grundlagen der Nachkriegsfriedensordnung in Europa beschwören diese Kräfte eine ernsthafte Gefahr für die Sicherheit der europäischen Staaten herauf.

Die alten und neuen Nazis, die nach völliger Handlungsfreiheit im Lande streben, versuchen, das faschistische Deutschland der Verantwortung für die Entfesselung des zweiten Weltkrieges zu entheben, und sind bestrebt, die hitlerischen Kriegsverbrecher reinzuwaschen, die die Vernichtung von Millionen Menschen auf dem Gewissen haben. Die chauvinistische Propaganda der Revanchisten und Neonazis wird von den offiziellen Behörden der BRD nicht zurückgewiesen, sondern im Grunde genommen sogar unterstützt. Nicht zufällig bedienen sich die Behörden der BRD entgegen den allgemein bekannten internationalen Normen verschiedener Tricks, um gegenüber den Nazi-Kriegsverbrechern die allgemeinstrafrechtlichen Verjährungsfristen anzuwenden und sie somit vor der gerechten Bestrafung für Untaten zu bewahren, die sie während des zweiten Weltkrieges begangen haben. Die national-demokratische Partei, die von neonazistischen Anführern beherrscht wird, fordert in ihrem Programm offen die Einstellung der gerichtlichen Verfolgung für die Beteiligung an Verbrechen des Nazi-Regimes und die Verkündung einer „Generalamnestie“ für alle Nazi-Verbrecher.

Die Bestrafung der Kriegsverbrecher, aller derer, die